

AUSGABE VOM 09. SEPTEMBER 2016

Integrationspauschale: Rot-Grün lehnt Unterstützung für Kommunen ab

Der Bund hat zugesagt, den Ländern von 2016 bis 2018 jährlich eine Integrationspauschale in Höhe von 2 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Auf NRW entfallen davon 434 Millionen Euro. Jede Gemeinde soll für jeden neuen anerkannten Asylbewerber eine Integrationspauschale von 1.000 Euro erhalten.

Die Landesregierung hat bisher leider keine Anstalten gemacht, dieses Geld an die Kommunen weiterzugeben. MdB Karsten Möring befürchtet, dass Rot-Grün das Geld im Landeshaushalt versickern lässt: „Düsseldorf schafft es nicht, die NRW-Kommunen gleichmäßig zu entlasten und gefährdet so das Ziel der Integration! Damit diese gelingen kann, muss das Land die Kommunen auch finanziell unterstützen.“

Haushalt 2017: „Stabilität und Sicherheit im Wandel bewahren“

Der Bundestag diskutierte in seiner ersten Sitzungswoche nach der parlamentarischen Sommerpause den Haushaltsplan der Bundesregierung für 2017. Die erfreuliche Nachricht: Deutschland steht finanziell hervorragend da und, es wird auch im kommenden Jahr einen ausgeglichenen Haushalt geben. Der Haushalt 2017 umfasst Ausgaben in Höhe von rund 329 Milliarden Euro. Das sind 11,8 Milliarden Euro mehr als im aktuellen Haushaltsjahr 2016. Der Entwurf sieht dabei aber keine neuen Schulden vor.



"Damit gelingt die richtige Balance zwischen Stabilität und Wachstum.": Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble eröffnete am 6. September mit seiner Rede vor dem Bundestag die viertägige Haushaltsdebatte des Parlaments. (Foto: CDU/CSU)

Die Ausgaben für die innere Sicherheit sollen bis 2020 deutlich um insgesamt fast 2,6 Milliarden Euro aufgestockt werden. Insbesondere werden das Bundeskriminalamt (BKA), die Bundespolizei und das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) personell gestärkt. Im Entwurf sind für 2017 gut 2.000 neue Stellen vorgesehen. In den parlamentarischen Beratungen wollen wir 4.500 weitere Stellen für den Zeitraum 2017 bis 2020 beschließen.

Für Investitionen in die Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße und den kombinierten Verkehr stehen rund 12,8 Milliarden Euro zur Verfügung.

Dies ist ein Anstieg um 25% seit Beginn der Wahlperiode. Für den sozialen Wohnungsbau sieht der Entwurf eine Verdoppelung der Zahlungen des Bundes an die Länder von 2017 bis 2019 auf nun jährlich über 1 Milliarde Euro vor. Über die Verwendung weiterer für den Wohnungsbau eingestellter Mittel von 500 Millionen Euro pro Jahr ist in den Haushaltsberatungen zu entscheiden. Für die soziale Stadtentwicklung und den Stadtumbau sind jährlich 300 Millionen Euro zusätzlich vorgesehen.

Die Mittel für das Programm „Kriminalprävention durch Einbruchschutz“, für die auch MdB Karsten Möring im Vorfeld geworben hat, werden im Regierungsentwurf auf 50 Millionen Euro aufgestockt. Darüber hinaus setzt sich das Kölner Bauausschussmitglied für eine Fortführung des wichtigen KfW-Programms „Altersgerechter Umbau“ ein, dessen Mittel wegen der großen Nachfrage schon ausgeschöpft sind.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

am 24. August hat das Kabinett die Konzeption „Zivile Verteidigung“ beschlossen. Viel ist danach geschrieben worden, wie sinnvoll es ist, einen Vorrat an



Wasser und Lebensmitteln anzulegen. Leider auch viel dummes Zeug: Von Panikmache und staatlich verordneten Hamsterkäufen war die Rede. Womöglich verbindet man diesen Gedanken mit glücklicherweise längst vergangenen Zeiten. Dennoch ist diese Frage auch 2016 aktuell. Der Staat muss auch für Krisenzeiten vorsorgen, die wir alle hoffentlich nie erleben werden. Dabei geht es unter anderem um die Aufrechterhaltung der notwendigen Staatsfunktionen in Krisenzeiten und um die Versorgung der Bevölkerung. Wichtige Sicherheitsfunktionen, die auch nicht nur im Katastrophenfall eine Rolle spielen. In Deutschland, NRW und bei uns in Köln leistet das THW wertvolle technische Unterstützung - und das auf ehrenamtlicher Basis.

Das bislang geltende Zivilschutzkonzept stammt noch aus dem Jahr 1995. Seitdem hat sich in der Welt einiges getan. Im Krisenfall wird der Staat nicht alles leisten können. Eine private Vorsorge, etwa anhand der [Hinweise](#) des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, ist auch für Kölnerinnen und Kölner sinnvoll. Sie verhindert im Ernstfall damit gerade das, was manche in den letzten Wochen als "Hamsterkäufe" verspottet haben.

Herzlichst

Bundestagsabgeordneter für den Wahlkreis Köln I

Wohnungseinbrüche konsequenter bekämpfen

Die Zahl der Einbrüche in Deutschland steigt beachtlich. Alle drei Minuten wird in ein Haus oder eine Wohnung eingebrochen. Als Folge beauftragen die Betroffenen private Sicherheitsdienste oder organisieren „Bürgerwehren“. Dieser Entwicklung will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion Einhalt gebieten. Auf Initiative der Unionsfraktion wurde bereits ein umfassendes Programm zur Förderung von Umbaumaßnahmen aufgelegt, damit Eigentümer und Mieter sich besser schützen können. Für bessere Sicherheitsschlösser oder Türverstärkungen erhalten diese einen zehnprozentigen Zuschuss von der KfW. Die Mittel für das KfW-Programm wurden auf 50 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt und die Mindestinvestitionsschwelle von bisher 2.000 Euro auf 500 Euro abgesenkt.

Um Einbrecher abzuschrecken, tritt die Unionsfraktion insbesondere für härtere Strafen ein. So soll Wohnungseinbruch künftig als Verbrechen gelten – wie Raub oder Meineid. Damit stiege die Mindeststrafe von sechs auf zwölf Monate Haft. Die Staatsanwaltschaften dürften die Verfahren dann nicht mehr wegen Geringfügigkeit einstellen. Bei Heranwachsenden zwischen 18 und 21 Jahren will die CDU/CSU das Erwachsenenstrafrecht anwenden und nicht recht.

Ohne einen Kampf gegen

„Köln ist Einbrecherhochburg - damit wollen wir uns nicht abfinden!“

Die Unionsfraktion fordert deshalb die Länder auf, ihre Sicherheitskräfte aufzustocken. Der Bund selbst gehe mit gutem Beispiel voran. Die Unionsfraktion wird dafür sorgen, dass das Bundeskriminalamt den Ländern bei der Bekämpfung und Aufklärung weiter zur Seite steht. Außerdem will die Union die Schlagkraft der Polizei erhöhen. So soll auch bei „einfachen“ – genauso wie bei bandenmäßig begangenen - Wohnungseinbrüchen die Telekommunikation überwacht und aufgezeichnet werden dürfen. Denn oft zeigt sich erst im Nachhinein, ob eine Bande hinter einem Einbruch steckt. Auch der Zugriff auf gespeicherte Verbindungsdaten soll daher möglich sein.

Die Polizei soll darüber hinaus neue Methoden nutzen, etwa vermehrt Computerprogramme einsetzen, um die Tatmuster von Einbrechern zu erkennen und dann gezielt besonders gefährdete Gegenden kontrollieren zu können. Um international agierenden Einbrecherbanden das Handwerk zu legen, soll die mobile Grenzraumüberwachung verstärkt und die Schleierfahndung auf Raststätten und bedeutende Verkehrswege ausgedehnt werden. „Köln ist Einbrecherhochburg - damit wollen wir uns nicht abfinden! Wir brauchen mehr Polizei und Aufklärungsdruck, hier ist das Land NRW gefordert“, so MdB Möring.

gewendet werden - das Jugendstraf-

reichende Zahl sind Erfolge im die Einbruchsk-

Zu Gast beim Empfang der CDU-Landtagsfraktion



Kölner Runde in Düsseldorf: MdB Karsten Möring und der Konzernbevollmächtigte der Stadtwerke Köln, Dr. Michael Paul, freuen sich beim Sommerempfang der CDU-Landtagsfraktion am Dienstag über eine begeisterte Rede von Bundesminister a.D. Dr. Norbert Blüm zu 70 Jahren NRW mit einem flammenden Plädoyer für Europa. Die Rede sieht man [hier](#). (Foto: privat)

Klausurtagung des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes

Auf der Klausurtagung des CDU/CSU-Fraktionsvorstandes wurde in der vergangenen Woche nicht nur der Bundeshaushalt besprochen, sondern auch die Weichen für mehr innere und äußere Sicherheit gestellt. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, der dort zu Gast war, sprach sich für eine klare Haltung gegenüber Russland aus und lobte den deutschen Einsatz für ein friedliches, aber selbstbewusstes Europa. Gleichzeitig wurde vom Fraktionsvorstand ein Positionspapier mit Maßnahmen zur inneren Sicherheit zusammengestellt, mit denen der islamistische Terrorismus besser bekämpft werden soll. Außerdem sollen Kinderehen künftig in Deutschland verboten sein. Arrangierte Ehen mit 14 oder 15 Jährigen sind mit unseren Werten nicht vereinbar. Schließlich wurde beschlossen, die Digitalisierung der Bildung, der Wissenschaft und der Forschung durch fünf zusätzliche Initiativen ab 2017 zu verstärken.

„Mit den Flüchtlingen kommen auch viele minderjährig Verheiratete nach Deutschland - Kinderehen sind aber völlig inakzeptabel. Deshalb unterstütze ich ausdrücklich die Forderung der Fraktion, dass der Gesetzgeber hier tätig wird. Der Justizminister muss jetzt zügig einen Gesetzesentwurf vorlegen“, so MdB Karsten Möring.

Impressum:

Ausgabe Nr. 13/2016
09. September 2016

Herausgeber:
Bundestagsbüro Karsten Möring
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-77611

Email:
karsten.moering@bundestag.de
Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karsten Möring MdB/Harald Häßler/
Dr. Jürgen Reuter